

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1994



Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr -
- Drucksachen 11/5900 und 11/6322 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 15 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen gegeben ist, mit der aus der Anlage ersichtlichen Änderung angenommen.

Bericht

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat den Entwurf des Haushalts 1994 am 22. September, 20. Oktober und am 3. November 1993 beraten.

Die abschließende Sitzung fand am 24. November 1993 statt. Dabei wurde der Entwurf des Einzelplans 15, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen gegeben ist, in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Änderungsanträge wurden von der Fraktion der F.D.P. nicht gestellt. Der Sprecher wies darauf hin, seine Fraktion werde in einem Gesamtantrag eine qualifizierte Minderausgabe von 1 000 000 000 DM einfordern. Insoweit würden Einzelanträge nicht gestellt. Alle anderen Fraktionen brachten Änderungsanträge ein. Dabei bemerkte die Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, daß die Änderungsanträge im einzelnen auf einem Gesamthaushalt der Fraktion beruhten, so daß die im einzelnen geforderten Mittelaufstockungen sich durch Kürzung an anderen Stellen des Haushalts ausgleichen würden.

Die Änderungsanträge wurden im einzelnen beraten und abgestimmt. Dabei konnte kein Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Mehrheit finden. Beschlossen wurden die von der SPD eingebrachten Anträge zum Haushalt im Bereich Wohnungs- und Städtebau. Im einzelnen war dies ein Antrag zu Artikel I § 6 des Haushaltsgesetzes auf Ausweitung des Absatzes 4 auch auf landeseigene Einfamilienhäuser und auf Umpositionierung der Haushaltsstelle für Freizeitinitiativen zwischen Arbeit und Ruhestand vom Bereich des Einzelplans 15 in den Bereich des Einzelplans 07.

Volkmar Schultz
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß Städtebau und Wohnungswesen
zum Einzelplan 15**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 15 040 Titel 684 10</p> <p>Förderung von Freizeitinitiativen zwischen Arbeit und Ruhestand.</p> <p>Ersatzlose Streichung des Ansatzes von 900 000 DM bei gleichzeitiger Streichung der ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Ausgaben werden als nicht notwendig angesehen, daher soll dieser Titel gestrichen werden.</p>	<p>Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU abgelehnt.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD	<p>Kapitel 15 040 Titel 684 10</p> <p>Die Haushaltsposition wird gestrichen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Förderung von Initiativen, deren Ziel es ist, den Übergang zwischen Arbeit und Ruhestand zu erleichtern, fällt nach übereinstimmender Auffassung aller Beteiligten in die Zuständigkeit des für die Arbeits- und Sozialpolitik der Landesregierung zuständigen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und ist deshalb (im Wege der Umschichtung aus Einzelplan 15) im Einzelplan 07, Kapitel 07 040, Titel 684 91, zu veranschlagen.</p>	Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU angenommen.
3	CDU	<p>Kapitel 15 040 Titelgruppe 70</p> <p>Der Ansatz der Titelgruppe 70 für wissenschaftliche und experimentelle Untersuchungen auf den Gebieten der Stadtentwicklung und Denkmalpflege soll um 677 000 DM auf 2 000 000 DM gekürzt werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Aus Gründen der allgemeinen Haushaltslage sind hier Einsparungen vorzunehmen.</p>	Mit SPD gegen CDU bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	CDU	<p>Kapitel 15 040 Titelgruppe 80</p> <p>Die für wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet der Freizeit ausgebrachten Mittel von 302 500 DM sollen gestrichen werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Untersuchungsbedarf ergibt sich aus der Tätigkeit des Kabinettsausschusses Stadtentwicklung, Sport und Freizeit. Ein dringender Untersuchungsbedarf ist nicht gegeben. Der Mittelansatz ist daher aufgrund der Haushaltslage zu streichen.</p>	Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU abgelehnt.
5	GRÜNE	<p>Kapitel 15 040 Titel 821 10</p> <p>Aufstockung des Ansatzes für den Grundstücksfonds für Erwerb und Nutzbarmachung von Brachflächen um 10 000 000 DM.</p> <p>Begründung:</p> <p>Aus Gründen des Landschaftschutzes und Städtebaus ist eine Intensivierung der Baureifmachung von industriellen Altlasten notwendig.</p> <p>Um dem Verursacherprinzip Rechnung zu tragen, ist gleichzeitig ein industrieller Altlastenfonds einzurichten, in den die tatsächlichen und potentiellen Verursacher Einzahlungen leisten.</p>	Mit SPD und CDU gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	GRÜNE	<p>Kapitel 15 040</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels "Entlastung des Grundstücksfonds aus Lizenzgeld" mit einem Ansatz von 35 000 000 DM.</p> <p>Begründung: siehe Nr. 5</p>	<p>Mit SPD und CDU gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.</p>
7	CDU	<p>Kapitel 15 100</p> <p>Auflösung des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung.</p> <p>Die vorhandenen Planstellen für Beamte und Stellen für Angestellte bekommen kw-Vermerke. Die Mitarbeiter des ILS werden innerhalb der Landesverwaltung umgesetzt. Für 1994 wird der Ansatz von 7 378 200 DM um 4 000 000 DM gekürzt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Notwendigkeit eines eigenständigen Institutes für Landes- und Stadtentwicklungsforschung wurde in den letzten Jahren wiederholt in Frage gestellt. Eine Notwendigkeit kann nicht eindeutig bejaht werden. Das Institut ist daher aufzulösen, Arbeitshilfen für die Landes- und Stadtentwicklung können durch die im Lande Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiete der Raumforschung tätigen Institute und Organisationen umfassend gegeben werden.</p>	<p>Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU abgelehnt.</p>

Das Finanzministerium
des Landes Nordrhein - Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtages

- Anlage zur Vorlage 11/2638 B/A

11/2640

11/2637

11/2639

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1994

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr -

Anlagen:

Änderung in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 15

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
15 040	Angelegenheiten der Stadtentwicklung und der Freizeit			
684 10 329	Förderung von Freizeitinitiativen zwischen Arbeit und Ruhestand Verpflichtungsermächtigung: Bisher 225.000 DM Minderung 225.000 DM Neu 0 DM	900.000	-900.000	0
15 500	Straßen- und Brückenbau			
883 17 725	Zuweisungen an die Gemeinden und Kreise für Vorhaben des kommunalen Radwegebaus und für Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden kommunalen Straßen Haushaltsvermerke Nr. 1 und Nr. 3 unverändert Haushaltsvermerk Nr. 2: Aus den Mitteln können bis zu 3,5 Mio DM für gutachterliche Planungen und Untersuchungen, für Maßnahmen zur Vernetzung der Verkehrsmittel und für Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs im vorhandenen Straßennetz eingesetzt werden.		unverändert	
	Verpflichtungsermächtigung unverändert			

Einzelplan 15

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	<p>Einzelplanabschluss:</p> <p>Gesamteinnahmen</p> <p>Gesamtausgaben</p> <p>Verpflichtungsermächtigungen</p>	<p>1.394.674.800</p> <p>3.085.358.500</p> <p>1.923.878.000</p>	<p>0</p> <p>-900.000</p> <p>-225.000</p>	<p>1.394.674.800</p> <p>3.084.458.500</p> <p>1.923.653.000</p>